

Wilhelm Liebknecht und die politischen Parteien in der deutschen Demokratiegeschichte

Ansprache des Preisträgers anlässlich der Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises der Universitätsstadt Gießen am 12. November 2017

PHILIPP ERBENTRAUT

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz, lieber Herr von Alemann, wertere Mitglieder des Auswahlgremiums, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen!

Über die Verleihung des Wilhelm-Liebknecht-Preises 2017 habe ich mich vor allem deshalb sehr gefreut, weil Liebknecht wie kaum ein anderer in der deutschen Demokratiegeschichte die Tradition und die Ideen von 1848 verkörpert.

1826 in Gießen geboren, hatte er sich bereits im Vormärz als junger Student der Geisteswissenschaften der republikanischen Sache verschrieben. 1848 kämpfte er in Paris und nahm als Leutnant der Volkswehr am badischen Aufstand teil. Nach der Niederschlagung der Revolte fand er zunächst Zuflucht in der Schweiz, später in England wo er als Mitglied des Bundes der Kommunisten in engem Kontakt zu Marx und Engels stand. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland avancierte Wilhelm Liebknecht schließlich zu einem der Gründerväter der SPD und einem der profiliertesten Redner im Reichstag.

Wie wird man so einem Denkmal in einer sonntäglichen Dankesrede gerecht? Am besten mit einem zünftigen Streit!

Platzen wir also gleich mitten hinein in eine Fehde, die sich zu Beginn des Jahres 1842 zwischen den Dichtern **Georg Herwegh** und **Ferdinand Freiligrath** ereignet. Es geht dabei um die Frage, ob die Poesie sich in den Kampf der politischen Parteien einmischen darf, kann und soll. Herwegh plädierte dafür. Freiligrath war strikt dagegen. Den Anlass für diese Kontroverse gab Freiligraths Gedicht: „Aus Spanien“. Und der entscheidende Vers darin lautet:

**„Der Dichter steht auf einer höhern Warte
Als auf den Zinnen der Partei.“**

Herwegh antwortet kurze Zeit später mit dem Gedicht „Die Partei. An Ferdinand Freiligrath“ Darin preist er die Partei als „Mutter aller Siege“ und fordert den Dichter auf, sich an dem Befreiungskampf des deutschen Volkes zu beteiligen. Die Gleichgültigen und allzu Unparteiischen werden regelrecht bestürmt:

**„Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war?“**

**Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfehlen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebar?
Nur offen wie ein Mann: für oder wider?
Und die Parole: Sklave oder frei?
Selbst Götter stiegen vom Olympe nieder,
Und kämpften auf der Zinne der Partei.“**

Nun ist Herweghs enthusiastisches Lob der politischen Parteien – und das ist hier der entscheidende Punkt – anders als der überwiegende Teil der einschlägigen Forschungsliteratur bis heute glauben machen will, durchaus kein peinlicher und zu vernachlässigender Einzelfall im politischen Denken des deutschen Vormärz.

Vielmehr gibt es – nicht erst seit Berlin, Bonn oder Weimar – sondern bereits lange vor der 1848-er Revolution und der Frankfurter Paulskirche quer durch alle politischen Lager verbreitet positive, parteienbefürwortende Stellungnahmen. Radikaldemokratische und sozialistische Revolutionäre wie der junge Wilhelm Liebknecht zählten freilich zu den glühendsten Parteienfreunden.

Von dem viel zitierten **generellen Anti-Parteien-Affekt**, etwa gar in Form eines „*ideologischen Paradigmas im 19. Jahrhundert*“, wie erst kürzlich wieder in einer rechtshistorischen Habilitation zu dem Thema zu lesen war, kann heute jedenfalls keine Rede mehr sein.

Dies ist auch *eines* der zentralen Ergebnisse meines Buches, das sich mit der **Wahrnehmung politischer Parteien im vormärzlichen Deutschland** befasst. Für diese Studie habe ich mehrere hundert publizistische und staatsphilosophische Quellen aus der Zeit von 1815 bis 1848 untersucht und hinsichtlich bestimmter normativer Aussagen zum Phänomen der politischen Partei ausgewertet.

Zeitgenössische Monographien und Flugschriften zählten dabei ebenso zum Quellenkorpus wie Zeitschriften- und Zeitungsartikel sowie Handbuch- und Lexikonbeiträge. Vereinzelt aber eben auch Reden und Briefe, Lieder und Gedichte wie die soeben zitierten von Herwegh oder Freiligrath. Neben den führenden Köpfen der Zeit auch die geistigen Erzeugnisse der sogenannten Denker zweiten und dritten Ranges.

Dieses Experiment führt in letzter Konsequenz, so zumindest meine These, zu einer **Revision des derzeit gültigen Forschungsstandes, der die Wahrnehmung politischer Parteien** in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei weitem zu skeptisch beurteilt.

Worauf gründet sich nun entgegen der Annahme eines generellen Anti-Parteien-Affekts das Lob der politischen Parteien im Einzelnen?

Aus der Fülle des Materials will ich Ihnen einige besonders prägnante Beispiele präsentieren. Über die reine ideengeschichtliche Rekonstruktion hinaus interessiert mich dabei aber ebenfalls die Frage, welche Anregungspotenziale die parteientheoretische Diskussion des Vormärz für unsere Gegenwart bereithält.

Zu diesem Zweck sortiere ich die normativen Aussagen der Vormärztheoretiker hinsichtlich dreier – sich damals wie heute stellender – Probleme im Umgang mit den Parteien und zwar:

1. Bezüglich der den Parteien zugeschriebenen **Funktionen** innerhalb des politischen Systems (und damit der **Außenperspektive**),
2. der theoretischen Rechtfertigung ihres **Wettbewerbs (Zwischenperspektive)**,
3. und schließlich der Frage der inneren Parteiorganisation (oder Binnenperspektive)

Ich beginne mit der Funktion ...

Funktion

Die Zuweisung konkreter Aufgaben an die Parteien verlangte von den Autoren im Vormärz **viel Phantasie**. Schließlich hatten bereits die *Karlsbader Beschlüsse* von 1819 einem freien Parteiwesen in Deutschland den Boden entzogen. Und nach dem *Hambacher Fest* von 1832 erging im gesamten Bundesgebiet ein generelles Parteiverbot. Sogar die Verherrlichung ausländischer Parteien stand nun unter Strafe. Die Frage, welche Rolle politische Parteien in der bestehenden oder einer späteren, (erst noch zu erkämpfenden) Verfassung spielen könnten, war also durchaus spekulativ. Auf diese Weise konstitutionell kaum eingehengt entwickelte sich jedoch eine äußerst lebhaft und facettenreiche Debatte über den normativen Standort der Parteien zwischen Staat und Gesellschaft.

So konnte der **Hegelianer Karl Rosenkranz** schon zu Beginn des Jahres 1843 mit Recht konstatieren, Partei sei in der deutschen Verfassungsdiskussion „*ein unentbehrliches Schlagwort*“ geworden. Rosenkranz selbst brachte die Parteien bereits vorsichtig mit der Gesetzgebung in Verbindung. Gleichwohl wurde die Regierung hier noch gewarnt, ihren überparteilichen Standpunkt zu verlassen. Sie habe vielmehr die Aufgabe, über dem „*Waschbeckentumult eines parteiischen Treibens*“, den Staat nach seiner Ganzheit und Einheit zu vertreten.

Dagegen schimmert bei **Carl Salomo Zachariä**, einem weiteren Liberalen der Zeit, sogar schon das Konzept einer Parteiregierung auf, wenn er erklärt: „[...] *zu Folge des Wesens der konstitutionellen Monarchie, hat sich die Regierung entweder an die eine oder an die andere Parthei anzuschließen, und zwar an diejenige, welche in der II. Kammer die Mehrheit der Stimmen hat.*“

Der spätere **Paulskirchenabgeordnete und Barrikadenkämpfer Julius Fröbel** sprach am Vorabend der 1848-er Revolution, also 100 Jahre vor dem Grundgesetz, sogar schon von Parteien „*verfassungsmäßiger Existenz*“, in denen er die geeigneten Vehikel zur Verwirklichung seiner basisdemokratischen Volkssouveränitätsideale erblickte. Fröbel gedachte mit Hilfe der Parteien, den einmaligen revolutionären Schöpfungsakt der Verfassung, wie Rousseau ihn im Gesellschaftsvertrag beschrieben hatte, in Form einer „*legalen und permanenten Revolution*“ auf Dauer zu stellen. So sollte die Demokratie auf Parteien gestützt auch in großen Gemeinwesen möglich werden.

Blieben solche demokratischen Herrschaftsvisionen zunächst auch noch Utopie, so gab es doch selbst am anderen Ende des politischen Spektrums schon vereinzelte Versuche, der vermeintlich ach so verhassten Parteifrage einen konstruk-

tiven Dreh zu geben. So philosophierte der erzkonservative Berliner Literaturhistoriker **Victor Aimé Huber** schon 1841 über – so der Titel seiner Streitschrift – die „*Elemente, die Möglichkeit oder Nothwendigkeit einer konservativen Parthei in Deutschland*“. Das war immerhin sieben Jahre bevor das **Kommunistische Manifest**, freilich einer anderen Partei, die welthistorische Mission zuwies, den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Proletariats vorzubereiten.

Huber plante hingegen seine Partei zu einer Art Ausfallbürgschaft des Konservatismus im Falle monarchischen Versagens Friedrich Wilhelms IV. aufzubauen. Es sei im Ernstfall die Aufgabe des organisierten Konservatismus, die gute Sache auch gegen einen fahnenflüchtig gewordenen (Reformer-)Fürsten zu verteidigen. Weil er für dieses Unternehmen viel Geld brauchte, bringt Huber – 1841! – sogar schon den Gedanken einer staatlichen Parteienfinanzierung ins Spiel.

Wettbewerb

Bei der Gesetzgebung mitmachen, die Volkssouveränität verwirklichen, eine konservative Revolution vorbereiten –

Der Partei wurden im Vormärz also schon eine ganze Reihe zentraler Funktionen innerhalb des bestehenden oder zukünftigen politischen Systems zugewiesen. Zumindest stillschweigend war damit gleichzeitig, und damit **komme ich zum zweiten Punkt der Zwischenperspektive**, der Wettbewerb mehrerer Parteien untereinander anerkannt.

Denn wie der Altertumsforscher **Barthold Georg Niebuhr** nüchtern konstatierte: „*sobald es eine Parthei giebt, so sind deren auch zwei.*“ Und er fügt großmütig hinzu: Wer bei dieser Einsicht nur solche Parteien gelten lassen wolle, die auf das Wahre und Gute allein gerichtet seien, der wisse wenig, wie es mit der Partei bestellt sei, zu der er selbst gehört.

Ohne den Kampf entgegengesetzter Kräfte könne es weder Demokratie, noch Freiheit, noch Fortschritt in der Geschichte geben, war eines der am häufigsten wiederkehrenden Motive der Parteienbefürworter. So notiert ein junger Redakteur der Kölnischen Zeitung, ein gewisser **Karl Marx**, im Jahr 1842: „*Ohne Parteien keine Entwicklung, ohne Scheidung kein Fortschritt.*“

Und in einem Brief **Heinrich von Gagerns** aus dem November 1837 heißt es ähnlich: „*Wo immer das Volk Anteil an der Regierung hat, da werden Parteien sein und ein Kampf der Parteien.*“ Wer das nicht akzeptieren wolle, müsse sich an den Gedanken gewöhnen, dass es keine demokratische Beteiligung an der Herrschaftsausübung geben könne. Und noch kategorischer kommt der spätere Paulskirchenpräsident zu dem Schluss: „*Der kennt die Freiheit und liebt sie praktisch nicht, der den Kampf der Parteien als einen Auswuchs, als etwas Vermeidliches und zu Unterdrückendes darstellt.*“

Wieder andere Denker argumentierten, der offene Wettstreit der verschiedenen Farben befördere zuverlässig die größten politischen Talente an die Macht und garantiere auf diese Weise insgesamt bessere Politikergebnisse.

So behauptet **Murhard**, England habe just in dem Augenblick „*den höchsten Gipfel der Macht und Nationalwohlfabrt*“ erklommen, als „*die ganze Nation in die beftigsten Gegenparteien getheilt wurde*“. Gerade durch seine Whigs und Tories, durch seine Radikalen und Chartisten sei England im Stande, die erste Rolle auf dem Welt-

theater zu spielen und seine Waffen zu gleicher Zeit an die Ufer des Hoangho, an den Fuß des Himalaya und in die Steppen von Amerika zu tragen.

Der Junghegelianer **Jachmann** ergänzt in trefflicher Aktualität: „*Als in Rom die Parteien aufhörten, kamen die Neros zur Herrschaft; Rußland kennt keinen Kampf der Parteien, aber auch kein Staatsleben, und in den orientalischen Despotien pulsirt des ganzen Staates jämmerliches Scheinleben in der ‚chronique scandaleuse‘ und den blutigen Intriguen des Hofes.*“

Apodiktisch heißt es im gleichen Jahr (1843) in einem Artikel des „**Beobachters**“ aus Württemberg: „*Nur die Partei schafft Reibung und Leben, und wer keine Partei will, will auch keine Reform.*“

Ängstlichere Gemüter versuchte **Arnold Ruge** deshalb noch am unmittelbaren Vorabend der 1848-er Revolution mit dem Hinweis zu beruhigen, das Lob der Partei sei in Wahrheit „nicht eine Anleitung zur Revolution, sondern eine Angabe, wie sie gründlich zu vermeiden sei“. Die politischen Parteikämpfe seien wie „Ventile an dem Dampfkessel, in welchem der Volksgeist siedet. Sie machen sein Zerspringen unmöglich“.

Diese gewagte Prognose fünf Minuten vor dem großen Knall führt nun direkt zur letzten meiner drei Forschungshinsichten. Und zwar von den gesamtgesellschaftlichen Druckverhältnissen zum Aggregatzustand der Parteien im Inneren. Die Rede ist vom Problem vormärzlicher Parteiorganisation.

Organisation

Durchstöbert man unter anderem die zeitgenössischen Handbücher und Lexika nach der Organisationsfrage, so stößt man im **Brockhaus von 1846** auf eine ernste Warnung. Unter dem Stichwort „Partei“ heißt es hier:

Es lasse sich zwar nichts gegen das natürliche Entstehen und Zusammenhalten der durch Gleichheit der Ansichten Verbundenen, „*aber sehr viel gegen organisirte, mit bewußter Berechnung verfabrende Parteien sagen.*“ Denn „*das bewußte Zusammenschließen zur Partei und das geflüßentliche Organisiren solcher*“ könne zu schlimmen Übeln führen.

Nun hat die Forschung aus diesem „Organisationsverbot“ im Brockhaus und einigen anderen missverständlichen oder aus dem Zusammenhang gerissenen Äußerungen vorgeblicher Klassiker der Zeit vielfach den voreiligen Schluss gezogen, der Vormärz habe unter Parteien generell noch keine realen Gruppen, sondern in der Regel nur lose Gesinnungsgemeinschaften verstanden oder dulden wollen.

„Parteien waren für sie mehr oder weniger Gedankengebilde, dialektische Momente im Prozeß der Geistesgeschichte“, heißt es beispielsweise in einem viel beachteten Beitrag **Theodor Schieders**, der seit seiner Erstveröffentlichung 1958 immer wieder zustimmend zitiert wurde. Die Parteientheorie, so der Autor weiter, habe sich hierzulande vor 1848 zwangsläufig in einem „luftleeren Raum“ bewegen müssen, da sie sich wegen der verspäteten Parlamentarisierung Deutschlands nirgends auf Anschauung und Erfahrung habe stützen können.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, **Diese Vermutung ist jedoch falsch.**

Im Gegenteil entwickelte die vormärzliche Parteientheorie eine immer klarere Vorstellung vom Organisationscharakter politischer Parteien. Eine solche realistische Anschauung konnte sich hauptsächlich aus drei ereignisgeschichtlichen Quellen speisen:

1. **Erstens, dem Studium des süddeutschen Frühparlamentarismus.** In dessen Landtagen war es nämlich spätestens ab den 1830er Jahren zu parteimäßigen Fraktionsbildungen gekommen, in denen sich vor allem liberale und demokratische Abgeordnete zu festen Gruppen zusammenschlossen. Diese ausgesprochenen Parteimänner hielten bereits strenge Fraktionsdisziplin und stimmten zeitweise auch gegen ihre individuellen Überzeugungen ab. „*Wer sich nicht der Partei fügt, fliegt hinaus*“, soll Liebknecht später einmal potenziellen Abweichlern in den eigenen Reihen gedroht haben. Die altliberalen Vorstellungen eines Dualismus von parteifreier Regierung *auf der einen* und einem Gesamtparlament als geschlossener Oppositionsfront *auf der anderen Seite* waren damit endgültig passé. Stattdessen hatte sich am Vorabend der 1848er Revolution der Charakter der Opposition zu innerparlamentarischen Gruppenbildungen hin verschoben.
2. Die zweite Anschauungsmöglichkeit für einen modernen Parteibegriff lieferte das **vormärzliche Vereinswesen**, das als Folge der staatlichen Repressionspolitik unter dem System Metternich zur Entstehung von sogenannten *Kryptoparteien* führte, die sich unter dem Deckmantel harmloser Turn- oder Gesangsvereine tarnten und zunehmend politisierten. Insofern beweist das bundesweite Parteiverbot des Jahres 1832 auch nicht die Unmöglichkeit vormärzlicher Parteiorganisation, sondern genau das Gegenteil. Verbieten kann man in erster Linie Dinge, die es bereits gibt.
3. **Und schließlich bot den vormärzlichen Theoretikern in Deutschland natürlich auch die bereits weiter entwickelte parlamentarische Praxis des Auslands** genügend Anschauungsmaterial zur möglichen Organisation und Funktionsweise politischer Parteien. Der Blick ging hier vor allem nach England, wo Whigs und Tories bereits seit der Mitte des 17. Jahrhunderts ein wichtiger Gegenstand der öffentlichen Debatte und theoretischen Durchdringung waren. Das ausdrückliche Lob der englischen Parteien – nicht zuletzt durch konservative Denker wie Bülow oder sogar Hegel – sollte uns allein schon deshalb hellhörig machen, weil in der Tat, *alle deutschen Diskussionen über England im Vormärz, verkappte Diskurse über Deutschland sind.*

Angesichts solch vielfacher Vorbilder und realer Anschauungsmöglichkeiten ist die generelle Behauptung, es habe der vormärzlichen Parteientheorie quasi an Bodenhaftung und Realitätsbezug gefehlt, heute nicht länger haltbar. Es sind – *mit einem Körnchen Salz* – die uns bekannten Parteien, von denen auch die Autoren des Vormärz sprechen. **Das heißt politische Organisationen, die öffentlich miteinander um die staatliche Entscheidungsgewalt konkurrieren.**

Ein solchermaßen moderner Parteibegriff, der in den Ideen von und vor 1848 seinen geistigen Ursprung hat, lag dann eine Generation später, auch der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zugrunde, der ältesten noch heute bestehenden Partei in Deutschland, deren Geschichte für immer mit dem Namen und dem Erbe Wilhelm Liebknechts verbunden sein wird.

Ohne damit gleich selbst auf die Zinnen der Partei zu steigen, möchte ich mit meiner Forschung eine Lanze für die teilweise zu Unrecht vergessenen Vordenker der vormärzlichen Parteientheorie brechen und gleichzeitig den Pionieren der deutschen Demokratiegeschichte im 19. Jahrhundert ein wenig Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Zu ihnen zählte auch Wilhelm Liebknecht.